

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16

Herkunfts- und geschlechterspezifische Disparitäten im rheinland-pfälzischen Schulsystem



Von Dr. Marco Schröder

Unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen und den gesellschaftlichen Bevölkerungsbewegungen und -entwicklungen müssen Bildungspolitik, Schulen, Lehrerinnen und Lehrer professionelle Schulstrukturen bereitstellen und qualitativ hochwertigen Unterricht ermöglichen. Unabhängig von Persönlichkeitsmerkmalen wie Geschlecht, Förderbedarf

oder Migrationshintergrund ist es Aufgabe eines Schulsystems, allen Schülerinnen und Schülern neben einer allgemeinen oder beruflichen Grundbildung Zugänge zu weiterführenden Bildungsgängen, eine hohe Bildungsmobilität und Durchlässigkeit sowie gleiche Chancen mit Blick auf Ausbildung, Studium und Beruf einzuräumen. Die Daten der Schulstatistik liefern dazu grundlegende Informationen für bildungspolitische Entscheidungen, die Bildungsforschung und für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Rückläufige Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt weiter

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an rheinland-pfälzischen Schulen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Im aktuellen Schuljahr besuchen gut 415 500 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule oder einen Schulkindergarten. Im Vergleich zum Vorjahr sind das rund 3 000 Schülerinnen und Schüler weniger, im Zehnjahresvergleich ist sogar ein Minus von rund 72 500 zu verzeichnen.

Erheblich von den rückläufigen Zahlen sind die erst zum Schuljahr 2009/10 eingeführten Realschulen plus betroffen (–3,7 Prozent).

Allein diese Schulform weist einen Verlust von über 3 300 Schülerinnen und Schülern im Vergleich zum Vorjahr auf. Dies begründet sich mit einem Rückgang der Schülerzahlen im Sekundarbereich I, der die Berufsreife bzw. einen Sekundarabschluss I ermöglicht und damit insbesondere für die Aufnahme einer Berufsausbildung qualifiziert. Insgesamt ist die Schülerzahl im Sekundarbereich I in zehn Jahren um 18 Prozent gesunken.

Während in der letzten Dekade die Schülerdaten in der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 bis 10) rückläufige Zahlen aufwiesen, wurde in der Sekundarstufe II (Klassenstufe

Mehr Schülerinnen und Schüler in Sekundarstufe II

T 1

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2015/16 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schulkindergärten ¹	180	-48	-21,1	61	33,9	119	66,1	.	.
Grundschulen	134 852	1 145	0,9	65 140	48,3	69 712	51,7	34 996	26,0
Hauptschulen	450	-26	-5,5	173	38,4	277	61,6	29	6,4
Realschulen	3 582	-605	-14,4	2 801	78,2	781	21,8	190	5,3
Realschulen plus	85 326	-3 310	-3,7	38 440	45,1	46 886	54,9	19 179	22,5
Gymnasien	131 780	-1 977	-1,5	70 239	53,3	61 541	46,7	10 336	7,8
Integrierte Gesamtschulen	41 640	1 871	4,7	20 111	48,3	21 529	51,7	5 379	12,9
Freie Waldorfschulen	2 466	12	0,5	1 292	52,4	1 174	47,6	54	2,2
Kollegs und Abendgymnasien	681	-3	-0,4	294	43,2	387	56,8	63	9,3
Förderschulen	14 578	-36	-0,2	5 186	35,6	9 392	64,4	2 189	15,0
Insgesamt	415 535	-2 977	-0,7	203 737	49,0	211 798	51,0	72 415	17,4

1 Daten zum Migrationshintergrund werden an Schulkindergärten nicht erhoben.

11 bis 13) ein gegenläufiger Trend beobachtet.¹ Seit dem Schuljahr 2005/06 hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II einen Zuwachs von rund 25 Prozent erfahren. Diese Zunahme ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass immer mehr Jugendliche einen höheren Bildungsabschluss anstreben. Dennoch haben die Gymnasien im Vorjahresvergleich leicht rückläufige Zahlen zum Schuljahr 2015/16 gemeldet (-1,5 Prozent, davon -0,6 Prozent in der Sekundarstufe II). Dass der Sekundarbereich II insgesamt steigende Zahlen aufweist, ist auf den Ausbau der gymnasialen Oberstufe an Integrierten Gesamtschulen zurückzuführen. Dort ist die Schülerzahl im Sekundarbereich II innerhalb eines Jahres um 19 Prozent auf insgesamt rund 6 000 Jugendliche angestiegen.

Die Integrierten Gesamtschulen setzen damit ihren Erfolgsweg weiter fort. Deren Gesamtschülerzahlen haben mit 4,7 Prozent

erneut stark zugelegt. Inzwischen besuchen mehr als 41 600 Schülerinnen und Schüler eine Integrierte Gesamtschule. Der Anteil der Jugendlichen in Integrierten Gesamtschulen an allen Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I liegt bei 16,2 Prozent. Bereits im Vorjahr lag der Anteil damit knapp über dem bundesweiten Durchschnitt (16 gegenüber 15,8 Prozent). Der Bedeutungszuwachs dieser Schulform wird deutlich, wenn eine Dekade zurück geblickt wird. Damals lag der Anteil bei lediglich fünf Prozent.

Neben den Schülerzahlen an Integrierten Gesamtschulen stieg auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen leicht an. Im Vorjahresvergleich ist die Zahl der Kinder an Grundschulen um mehr als 1 000 angewachsen (+0,9 Prozent). Gleichwohl ist die Gesamtzahl der Grundschülerinnen und -schüler in der vorangegangenen Dekade um rund 20 Prozent eingebrochen. Dies ist zurückzuführen auf den seit Jahren zu beobachtenden Rückgang der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter. So hat sich die Anzahl der Fünf- bis Siebenjäh-

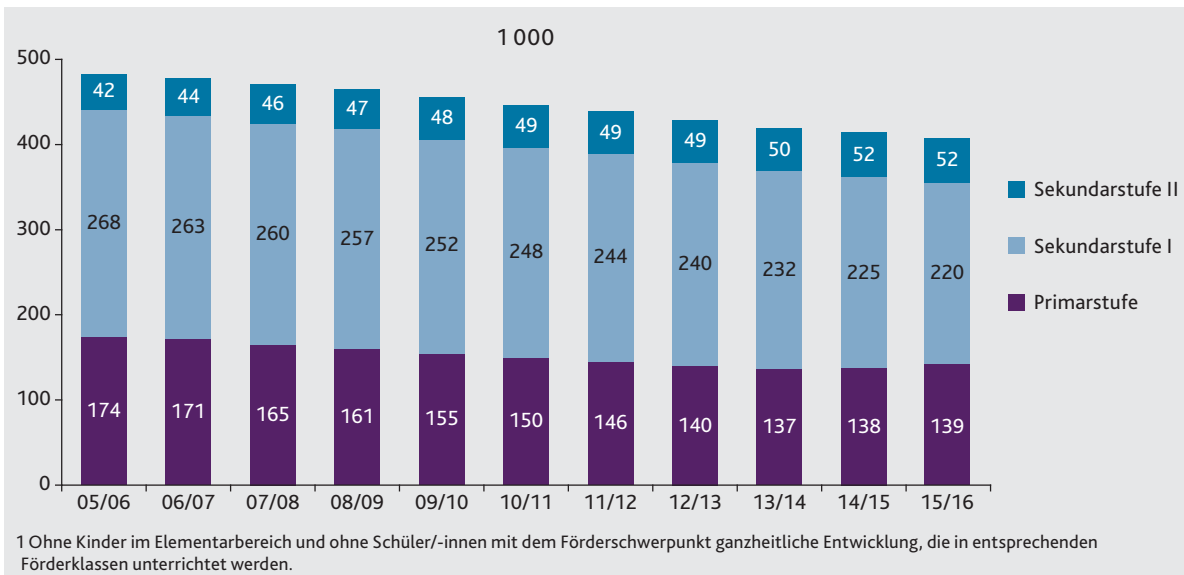
Anteil der Integrierten Gesamtschulen steigt weiter

Schülerzahl an Grundschulen steigt leicht

¹ Bei sogenannten G8-Ganztagsschulen, also Gymnasien, die in acht Jahren zum Abitur führen, verläuft die Sekundarstufe I von der Klassenstufe 5 bis 9 und die Sekundarstufe II von der Klassenstufe 10 bis 12.

G 1

Schüler/-innen¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schulstufen



T 2

Schulanfänger/-innen 2005–2015 nach Einschulungsart und Schulart

Einschulungs- jahr	Ins- gesamt	Grundschulen							Freie Waldorfschulen	Förder- schulen	
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹				
	Anzahl		%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957	
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923	
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944	
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009	
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094	
2010	34 541	33 391	1 758	5,3	30 001	89,8	1 632	4,9	166	984	
2011	33 833	32 723	1 588	4,9	29 716	90,8	1 419	4,3	158	952	
2012	32 722	31 536	1 497	4,7	28 651	90,9	1 388	4,4	180	1 006	
2013	33 249	32 065	1 358	4,2	29 404	91,7	1 303	4,1	173	1 011	
2014	34 502	33 377	1 408	4,2	30 574	91,6	1 395	4,2	184	941	
2015	33 915	32 756	1 435	4,4	29 709	90,7	1 612	4,9	178	981	

¹ Einschließlich wiederholt Einschulte.

Weniger Kinder
im schulpflichtigen
Alter

rigen in der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz zwischen den Jahren 2005 bis 2014 um 16 Prozent reduziert.² Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger ebenso um 16 Prozent gesunken.

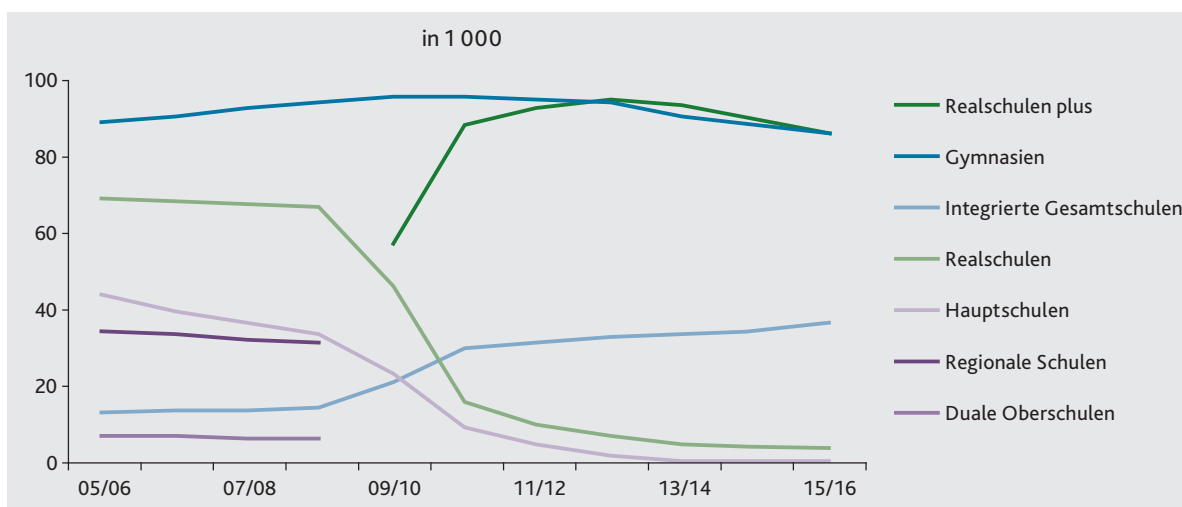
Insgesamt verteilen sich etwas mehr Schüler (51 Prozent) als Schülerinnen (49 Prozent) auf die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Dabei zeigt sich, dass das Angebot an Schularten nicht für beide Geschlechter gleichermaßen attraktiv ist. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Persönliche Faktoren wie unterschiedliche Entwick-

Je höher die
Schulform,
desto geringer
der Anteil der
männlichen
Schüler

² Jahr 2014: Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011; 2005: Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987.

G 2

Schüler/-innen der Sekundarstufe I in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach ausgewählten Schularten



lungungsverläufe, Interessen und Berufsorientierungen prägen Jungen wie Mädchen in ihrer schulischen Laufbahn. Aber auch das Schulsystem hat einen erheblichen Anteil daran. Während Jungen zum Zeitpunkt der Einschulung und auf der Grundschule entsprechend der altersspezifischen Bevölkerungsgruppe noch leicht in der Überzahl sind (52 Prozent), liegt ihr Anteil auf den Gymnasien rund sieben Prozentpunkte unter dem der Schülerinnen. Im deutschlandweiten Vergleich lag dieser Unterschied im Schuljahr 2014/15 bei nur fünf Prozentpunkten. Hingegen sind Schüler deutlich häufiger als Schülerinnen in Realschulen plus (+10 Prozentpunkte) und in Integrierten Gesamtschulen (+3 Prozentpunkte) zu finden. Offensichtlich sind Schulen, die schneller zu einer Berufsreife führen, für männliche Jugendliche attraktiver als für weibliche, während Schülerinnen eher Schularten bevorzugen, die zu einer allgemeinen Hochschulreife führen. Oder kurz gesagt: Je höher die Schulform, desto geringer der Anteil der männlichen Jugendlichen.

Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund – nur wenige aus dem Nahen Osten

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist in Rheinland-Pfalz inzwischen auf über 72 000 Kinder und Jugendliche angestiegen. Der Anstieg von rund 16 Prozent zum Vorjahr muss jedoch vorsichtig interpretiert werden. Nicht ausschließlich durch den Zugang schulpflichtiger Flüchtlinge und Asylsuchender ist das Wachstum zu erklären. Es ist mitunter davon auszugehen, dass die Schulen die Daten ihrer Schülerinnen und Schüler zum Migrationshintergrund im Kontext der politischen Diskussion detailliert geprüft, aktualisiert und angepasst haben. Durch die Bereinigung der Daten hat sich eine bisherige Unterrepräsentation der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ergeben. Ein Anstieg der Schülerzahlen durch Flüchtlingskinder, zum Beispiel aus Syrien, wäre auch nicht plausibel. Flüchtlingskinder und -jugendliche werden in den Erstaufnahmeeinrichtungen von der Schulpflicht befreit und sind erst mit der Zuweisung zu einer Gemeinde schulpflichtig.³

Schulpflicht von Flüchtlingskindern erst bei Zuordnung zu einer Gemeinde

³ Schulgesetz (SchulG) §56 Abs. 2 vom 30. März 2004, i. d. F. vom 22.12.2008.

T 3

Schulanfänger/-innen an Grundschulen 2015 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	29 709	90,7	14 299	90,6	15 410	90,8	7 262	88,3
Verspätet ¹	1 612	4,9	611	3,9	1 001	5,9	664	8,1
Vorzeitig	1 435	4,4	867	5,5	568	3,3	295	3,6
Insgesamt	32 756	100	15 777	100	16 979	100	8 221	100

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Damit kann davon ausgegangen werden, dass sich die Flüchtlingsbewegung aus Krisengebieten wie Syrien zunächst nur marginal auf die Schülerzahlen auswirkt, die bereits zu Schuljahresbeginn im Spätsommer 2015 erhoben worden sind. So wurden zu Schuljahresbeginn in Rheinland-Pfalz lediglich 914 Schülerinnen und Schüler syrischer, afghanischer, libanesischer, iranischer und irakischer Herkunft gemeldet, die im Jahr 2015 nach Deutschland zugezogen sind. Insgesamt hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler aus Syrien von rund 600 auf 1 500 erhöht. Aufgrund der Nettozuwanderung von rund 19 400 Ausländerinnen und Ausländern aus Syrien im Jahr 2015 ist in Rheinland-Pfalz insgesamt mit einem weiteren Anstieg der Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit syrischer Staatsangehörigkeit zu rechnen, jedoch erst in den Folgejahren, wenn die Asyl- und Schutzsuchenden einer Gemeinde zugeordnet wurden und damit die Schulpflicht gesetzlich zur Geltung kommt.

Die Daten der im Herbst 2015 eingeschulten Kinder verdeutlichen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zwar angestiegen sind, dies jedoch – wie bei der Gesamtschülerzahl – nur bedingt auf Flüchtlinge und Asylsuchende aus dem Nahen Osten oder nordafrikanischer Länder zurückzuführen ist. Rund 8 400 bzw. 25 Pro-

zent der Eingeschulten an Grund-, Förder- und Freien Waldorfschulen wiesen einen Migrationshintergrund auf.

Die Zahl der Eingeschulten aus den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, also Länder, die eine geografische Nähe zu Europa aufweisen, ist zwar auf insgesamt 328 Kinder im Schuljahr 2015/16 gestiegen, macht jedoch nur einen sehr kleinen Anteil an der Gesamtzahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger aus (ein Prozent). Zum Vergleich: Alleine aus den westlichen Balkanstaaten⁴ wurden in Rheinland-Pfalz rund 160 Kinder mehr eingeschult als aus allen 20 Staaten der sogenannten MENA-Region (Middle East and North Africa)⁵ zusammen, zu denen auch Syrien gezählt wird. Insgesamt gesehen ist die Zahl der Einschulungen trotz der Zunahme an Flüchtlingskindern leicht rückläufig (–1,7 Prozent).

Auch von einer Islamisierung der rheinland-pfälzischen Schulen durch Flüchtlinge und Asylsuchende aus muslimisch geprägten Ländern wie Syrien kann derzeit keine Rede sein. Insgesamt haben lediglich acht von 100 Schülerinnen und Schülern eine islami-

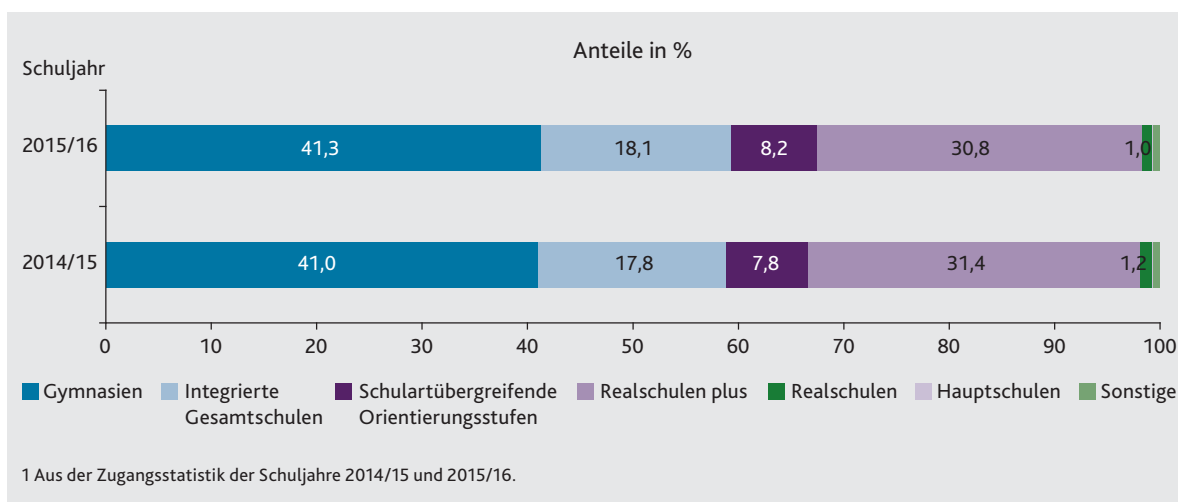
Acht von 100 Schülerinnen und Schülern mit islamistischer Konfession

Jedes vierte eingeschulte Kind hat Migrationshintergrund

⁴ Als Westbalkan werden die Länder Kroatien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien bezeichnet.

⁵ Ägypten, Syrien, Irak, Iran, Marokko, Algerien, Tunesien, Dschibuti, Libyen, VAE, Palästinensische Gebiete, Jemen, Bahrain, Israel, Jordanien, Kuwait, Libanon, Oman, Katar, Saudi Arabien.

G 3

Zugänge¹ aus Grundschulen in die Klassenstufe 5 weiterführender Schulen der Schuljahre 2014/15 und 2015/16

sche Konfession angegeben. Zwar ist deren Anteil um 0,7 Prozentpunkte geringfügig gestiegen, dies ist jedoch nicht ausschließlich auf ausländische Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Während die Zahl der islamgläubigen Kinder und Jugendlichen aus Syrien (+583) und den beiden muslimisch geprägten europäischen Ländern Albanien⁶ (+270) und Kosovo⁷ (+233) angestiegen ist, ist bei den Schülerinnen und Schülern mit türkischer Staatsangehörigkeit und islamischer Konfession ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (-895). Der größte Zuwachs an Schülerinnen und Schülern mit islamischer Konfession ist bei den Kindern und Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit festzustellen, die einen Migrationshintergrund haben (+2 344).

Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland,
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

Sozioökonomische Charakteristika der Familie, wie etwa das Bildungsniveau, der berufliche Status oder die finanzielle Situation der Eltern, werden im Rahmen der amtlichen Schulstatistik nicht erhoben.

Übergänge und Bildungswege: Mit Migrationshintergrund sind die Chancen geringer

Trotz aller Mobilität im Schulsystem ist der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule ein zentraler Scheidepunkt individueller Bildungswege. Es gibt Studien und Modelle, die zeigen, dass in einem mehrgleisigen Schulsystem bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die berufliche Entwicklung entscheidend beeinflusst wird. In Rheinland-Pfalz wird in der Grundschule

Trend zur
Höherqualifi-
zierung hält an

6 Bis zu 70 Prozent der Bevölkerung Albanien sind Muslime. Aus: Auswärtiges Amt: Länderinformation Albanien. Berlin, 2015.

7 Bis zu 96 Prozent der Bevölkerung Kosovos sind Muslime. Aus: Ismaili, B.: Kosovo. In Nielsen, J., et al.: Yearbook of Muslims in Europe, Volume 6. Leiden and Boston, 2014. S. 352–363.

T 4

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2015/16 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	13 645	41,3	7 023	43,6	6 622	39,0	1 302	27,2
Integrierte Gesamtschulen	5 984	18,1	2 762	17,1	3 222	19,0	910	19,0
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	2 704	8,2	1 398	8,7	1 306	7,7	260	5,4
Realschulen plus	10 182	30,8	4 579	28,4	5 603	33,0	2 268	47,3
Realschulen	331	1,0	269	1,7	62	0,4	28	0,6
Hauptschulen	13	0,0	3	0,0	10	0,1	2	0,0
Freie Waldorfschulen	15	0,0	9	0,1	6	0,0	-	-
Förderschulen	196	0,6	68	0,4	128	0,8	25	0,5
Insgesamt	33 070	100	16 111	100	16 959	100	4 795	100

1 Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2015/16.

eine Empfehlung für den Besuch einer weiterführenden Schule formuliert, die jedoch nicht verbindlich ist. Letztlich können die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, idealerweise in Abstimmung mit ihren Kindern, diese Entscheidung treffen. Immer mehr Kinder und Jugendliche streben – sei es selbst- oder durch die Eltern fremdbestimmt – einen höheren Bildungsabschluss an. Die akkumulierte Folge ist der gesamtgesellschaftliche Trend der Höherqualifizierung. Dies zeigt sich bereits beim Übergang von der Grundschule in die fünfte Klassenstufe einer weiterführenden Schule. Mehr als zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler besuchen nach der Grundschule eine Schulform (Gymnasium oder Integrierte Gesamtschule) oder einen Bildungsgang (Schulartübergreifende Orientierungsstufe)⁸, die bzw. der in der Regel die Möglichkeit der Erlangung der allgemeinen Hochschulreife zunächst noch offen hält. Diese Gruppe hat im Vergleich zum Vorjahr trotz des bereits hohen Niveaus rund einen Prozentpunkt zugelegt.

⁸ Die Schulartübergreifende Orientierungsstufe ermöglicht nach der sechsten (statt der vierten) Klassenstufe zu entscheiden, welche weiterführende Schule besucht wird.

Schullaufbahneempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Kinder zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Ihnen werden, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Diese Empfehlung ist nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

Die besten Chancen, ein Gymnasium nach der Grundschule zu besuchen, haben die Mädchen: Rund 44 Prozent aller Schülerinnen der fünften Jahrgangsstufe besuchen ein Gymnasium. Die Mehrzahl der Jungen entscheidet sich – in der Regel in Abstimmung mit den Eltern und unter Einbezug der Schullaufbahneempfehlung – nach dem Abschluss der Primarstufe für den Besuch eines Gymnasiums, jedoch mit 39 Prozent deutlich weniger als bei den Mädchen. Auf eine Realschule plus wechseln 33 Prozent der Schüler und 28 Prozent der Schülerinnen. Die geringsten Unterschiede gibt es an der Integrierten Gesamtschule: Dorthin wechseln 19 Prozent aller Schüler und 17 Prozent aller Schülerinnen nach der Grundschule.

44 Prozent der Fünftklässlerinnen besuchen ein Gymnasium

T 5

Schüler/-innen der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2015/16 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund		Zum Vergleich Schuljahr 2014/15	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anteil in %
Gymnasien	15 059	37,2	7 944	40,8	7 115	33,9	1 215	20,2	14 680	37,2
Integrierte Gesamtschulen	6 255	15,5	2 980	15,3	3 275	15,6	774	12,9	6 178	15,6
Realschulen plus	16 741	41,4	7 410	38,0	9 331	44,4	3 749	62,3	16 238	41,1
Realschulen	606	1,5	464	2,4	142	0,7	22	0,4	699	1,8
Hauptschulen	93	0,2	32	0,2	61	0,3	10	0,2	106	0,3
Förderschulen	1 513	3,7	530	2,7	983	4,7	239	4,0	1 406	3,6
Freie Waldorfschulen	218	0,5	122	0,6	96	0,5	9	0,1	195	0,5
Insgesamt	40 485	100	19 482	100	21 003	100	6 018	100	39 502	100

Geschlechter-spezifische Unterschiede

Diese geschlechter- und schulformdifferenzierte Verteilung bleibt tendenziell auch in den folgenden Klassenstufen bestehen: 41 Prozent der Mädchen und 34 Prozent der Jungen besuchen in der 8. Jahrgangsstufe ein Gymnasium. Lediglich die Realschule plus erhält deutlichen und insbesondere weiblichen Zulauf. In der achten Klassenstufe sind es rund 38 Prozent aller Schülerinnen, die eine Realschule plus besuchen, also zehn Prozentpunkte mehr als in Jahrgangsstufe fünf. Schüler werden hingegen häufiger nicht versetzt als Schülerinnen. Dies betrifft insbesondere die für die weiteren Bildungswege und Berufsorientierung bedeutsame Sekundarstufe I: Hier wurden im Schuljahr 2014/15 beinahe doppelt so viele Jungen (rund 3 000) wie Mädchen (rund 1 600) nicht versetzt. Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei denjenigen, welche die Schule ohne Berufsreife verlassen. Während dies nur fünf Prozent aller Schülerinnen betrifft, sind es bei den Schülern acht Prozent. Hingegen erlangen 38 Prozent aller Mädchen die allgemeine Hochschulreife an allgemeinbildenden Schulen, während dies nur weniger als 30 Prozent der Jungen gelingt.

Dies zeigt, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf dem Gymnasium mit den Klassenstufen deutlich zulegt. Während in der fünften Jahrgangsstufe lediglich sechs Prozent mehr Mädchen als Jungen ein Gymnasium besucht hatten, schließen rund 20 Prozent mehr Schülerinnen als Schüler das Gymnasium mit der allgemeinen Hochschulreife ab.

Neben den geschlechterspezifischen Unterschieden zeigen sich insbesondere Disparitäten zwischen den Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund. Während 44 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund in der fünften Jahrgangsstufe ein Gymnasium besuchen, sind es bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur 27 Prozent. Die meisten von ihnen gehen auf eine Realschule plus (47 Prozent). Damit ist die Verteilung genau gegenläufig zu denjenigen, die keinen Migrationshintergrund besitzen. Ein weniger durch Ungleichheiten geprägtes Modell ist die Integrierte Gesamtschule: Rund 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund und rund 19 Prozent der Jugendlichen mit Migrations-

Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf Gymnasien

T 6

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2015 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Berufsreife ¹	2 606	6,1	964	4,6	1 642	7,6	537	10,5
Berufsreife	7 733	18,2	3 064	14,7	4 669	21,5	1 595	31,3
Qualifizierter Sekundarabschluss I	17 003	40,0	8 481	40,8	8 522	39,2	2 142	42,0
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	962	2,3	490	2,4	472	2,2	93	1,8
Allgemeine Hochschulreife	14 201	33,4	7 791	37,5	6 410	29,5	733	14,4
Insgesamt	42 505	100	20 790	100	21 715	100	5 100	100

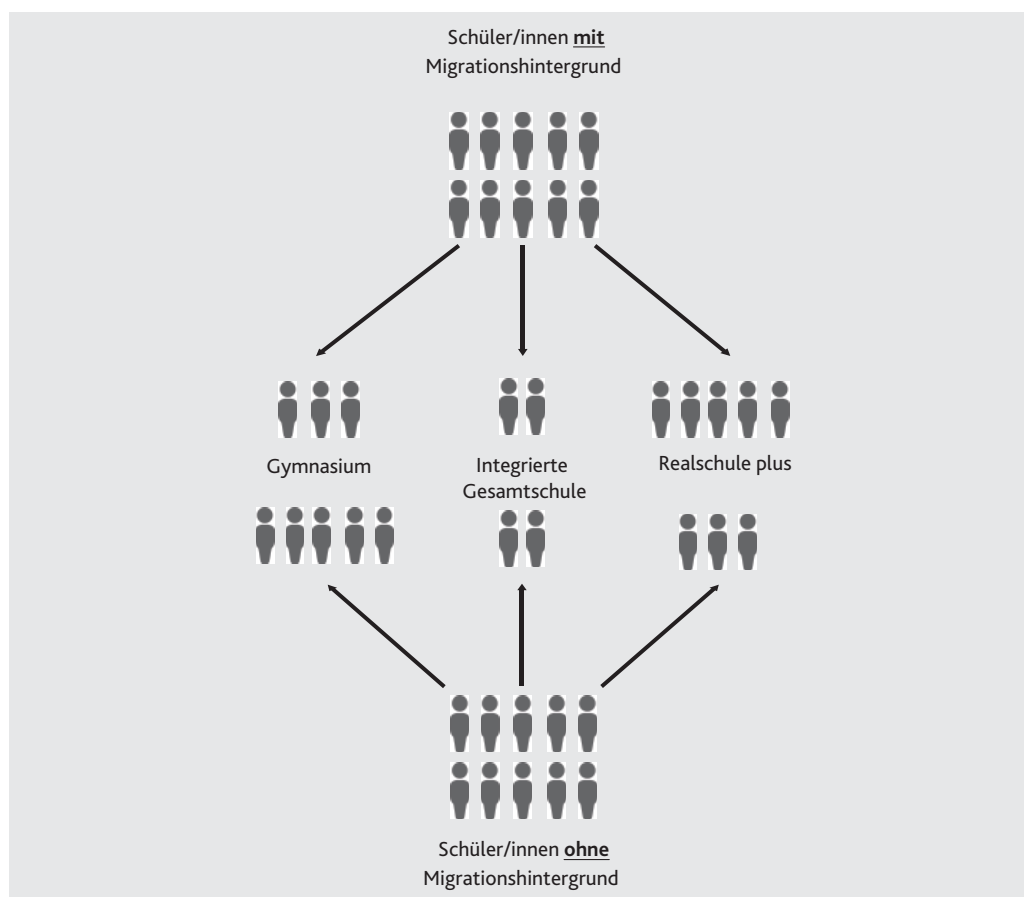
¹ Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

Weniger
Ungleichheiten
bei integrierten
Gesamtschulen

hintergrund besuchen nach der Grundschule eine fünfte Klassenstufe dieser Schulform. Wird die Schulartübergreifende Orientierungsstufe nach Schulart aufgelöst, skizziert

sich sehr anschaulich, dass von zehn Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nach der vierten Grundschulklasse fünf auf die Realschule plus, zwei auf eine

G 4

Zugänge¹ aus Grundschulen in die Klassenstufe 5 weiterführender Schulen des Schuljahres 2015/16 nach Schulart und Migrationshintergrund

T 7

Nichtversetzte im Schuljahr 2014/15 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %
Primarstufe	581	0,4	236	0,4	345	0,5	296	1,0
Sekundarstufe I	4 528	2,0	1 570	1,4	2 958	2,6	1 029	3,7
Sekundarstufe II ²	1 268	2,5	578	2,0	690	2,9	173	5,3
Insgesamt	6 377	1,5	2 384	1,2	3 993	1,9	1 498	2,5

1 Anteil der Nichtversetzten in der betrachteten Schülergruppe an allen Schülerinnen und Schülern dieser Gruppe. – 2 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

Integrierte Gesamtschule und drei auf das Gymnasium wechseln. Bei den Kindern ohne Migrationshintergrund verläuft die Verteilung nach der Primarstufe tendenziell anders: Von zehn Kindern gehen drei auf die Realschule plus, zwei auf die Integrierte Gesamtschule und fünf, also die Hälfte, auf das Gymnasium.

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden häufiger nicht versetzt

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, nicht versetzt zu werden. Bereits in der Primarstufe hat jede bzw. jeder zweite Nichtversetzte einen Migrationshintergrund (51 Prozent). Die Nichtversetztenquote ist in der Grundschule mit einem Prozent insgesamt dennoch gering, jedoch etwa doppelt so hoch wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Sowohl bei Schülerinnen und Schülern mit als auch ohne Migrationshintergrund steigt die Nichtversetztenquote mit ansteigender Schulform. Während sie sich bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund moderat erhöht (maximal 2,5 Prozent), ist bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen: In der Sekundarstufe II wurden 2015 mehr als fünf Prozent von ihnen nicht versetzt.

Mit den zunehmenden Klassenstufen spitzt sich die ungleiche Entwicklung weiter zu. Über 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit

Migrationshintergrund schließen die Schule mit Berufsreife oder einem qualifizierten Sekundarabschluss I ab. Während zum Einstieg in die Sekundarstufe I noch 27 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund ein Gymnasium besuchten, waren es nur 14 Prozent, die eine allgemeine Hochschulreife im Jahr 2015 erreicht haben. Umgekehrt verlässt jeder zehnte Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ohne Berufsreife – bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ist es hingegen nur jede bzw. jeder achtzehnte.

Jeder zehnte Jugendliche mit Migrationshintergrund verlässt die Schule ohne Berufsreife

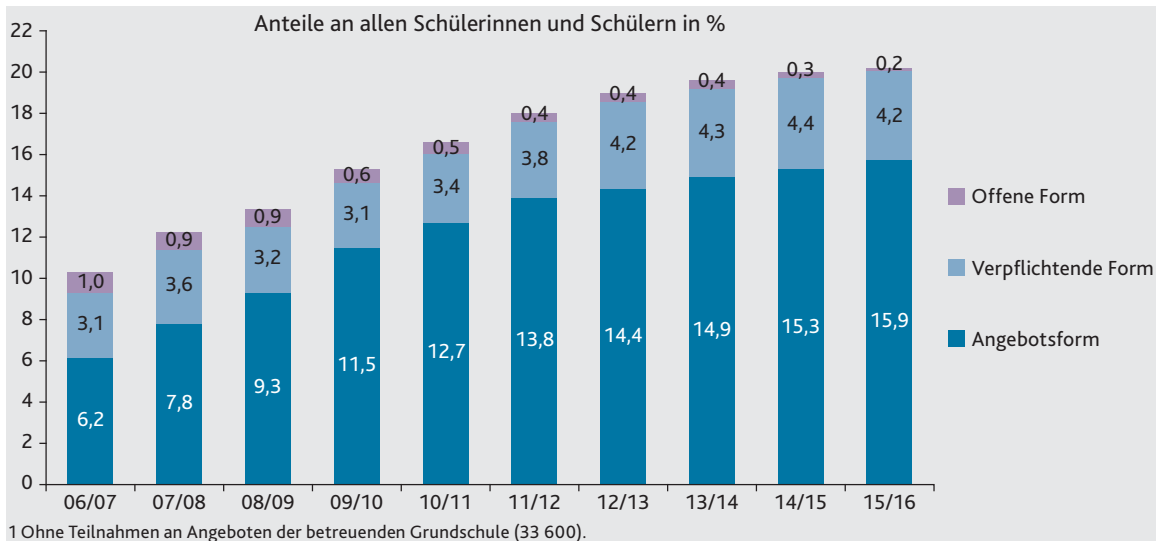
Zunehmende Nutzung von Ganztagsangeboten

Die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler gilt durch §2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes als grundlegende Aufgabe einer jeden Schule. Durch einen engen Lehrplan bleibt jedoch kaum Zeit, der Individualität der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Durch die im Jahr 2001 beschlossenen und zum Jahr 2004 im Schulgesetz verankerten Ganztagesangebote an Schulen erhalten Schulen wie Schülerinnen und Schüler mehr zeitliche Ressourcen, um auf die Interessen und individuelle Förderung Letztgenannter einzugehen.⁹ Damit kann auch der KMK-Forderung

Mehr Ganztagesangebote zur besseren Förderung

⁹ Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Die rheinland-pfälzische Ganztageschule in Angebotsform in Stichworten. Bildungsserver. Speyer, 2016.

G 5

Ganztagsschüler/-innen¹ in den Schuljahren 2006/07–2015/16 nach Angebotsart

nach der Individualisierung von Lernprozessen verstärkt nachgegangen werden, um die individuellen Potenziale und Kompetenzen der Jugendlichen bestmöglich zu fördern.¹⁰ Besondere Lehr-, Lern- und Beratungsangebote zur Sprachkompetenz, zur Berufsorientierung oder als Hilfestellung zur Erlangung der Berufsreife können durch die zusätzlichen zeitlichen Rahmenbedingungen die Kinder und Jugendlichen nachhaltig in ihrer individuellen Entwicklung unterstützen.

Ganztags-
angebot in
Angebotsform
am häufigsten

In Rheinland-Pfalz wurden unterschiedliche Formen der Ganztagsangebote an Schulen institutionalisiert. In der Gesetzgebung wird zwischen der Angebotsform, der verpflichtenden Form und der offenen Form unterschieden. Die Ganztagschule in Angebotsform erstreckt sich neben dem vormittäglichen Unterricht über mindestens vier Nachmittage in der Woche, basiert auf einer freiwilligen Anmeldung und wird an über 600 Schulen in Rheinland-Pfalz ange-

boten. Daneben bieten rund 100 Schulen eine verpflichtende Form des Ganztagsunterrichts an, insbesondere Förderschulen und G8 Gymnasien, also weiterführende Schulen, die in acht statt neun Jahren zum Abitur führen. Daneben wurde die Ganztagschule in offener Form gesetzlich verankert, die Unterricht mit außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten verbindet und auf einer freiwilligen Teilnahme beruht.¹¹

Seit der Beschlussfassung zur Einführung der Ganztagsangebote an den rheinland-pfälzischen Schulen wurde das Programm kontinuierlich ausgebaut und von den Schülerinnen und Schülern zunehmend in Anspruch genommen. Im Schuljahr 2006/07, zu dem erstmals die Teilnehmenden an Ganztagsangeboten voll umfänglich erfasst wurden, haben lediglich zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler das Angebot wahrgenommen. Im Schuljahr 2015/16 hat sich die Inanspruchnahme des Ganztagsangebots in etwa verdoppelt: mehr als 20 Prozent nutzen in diesem Schuljahr das Angebot. Insbesondere die Teilnehmendenzahl an

20 Prozent
aller Schüler-
innen und
Schüler nutzen
Ganztags-
angebot

¹⁰ Kultusministerkonferenz (KMK): Förderstrategie für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler. Beschluss vom 11.06.2015. Berlin, 2015. S. 3.

¹¹ Schulgesetz (SchulG) §14 vom 30. März 2004, i.d.F. vom 22.12.2008.

T 8

Schülerinnen und Schüler 2015/16 nach Teilnahme am Ganztagsangebot¹, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter mit Teilnahme am Ganztagsangebot	Davon						
			Angebotsform		verpflichtende Form		offene Form		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Primarstufe	138 916	33 715	24,3	30 889	22,2	2 257	1,6	569	0,4
Sekundarstufe I	219 878	46 110	21,0	34 765	15,8	10 960	5,0	385	0,1
Sekundarstufe II	52 412	281	0,5	281	0,5	-	-	-	0,6
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 149	4 128	99,5	15	0,4	4 113	99,1	-	-
Insgesamt	415 355	84 234	20,3	65 950	15,9	17 330	4,2	954	0,2

¹ Ohne Teilnahmen an Angeboten der betreuenden Grundschule.

24 von 100 Kindern nehmen in der Primarstufe das Ganztagsangebot wahr

der weitestgehend freiwilligen Angebotsform ist von rund 29 800 Schülerinnen und Schülern auf beinahe 66 000 angestiegen. Im Schuljahr 2015/16 haben insgesamt rund 84 200 Kinder und Jugendliche die Ganztagsangebote an Schulen genutzt. Fast jedes vierte Kind in der Primarstufe hat an einem Ganztagesangebot teilgenommen (24 Prozent), in der Sekundarstufe I noch jede bzw. jeder fünfte Jugendliche (21 Prozent). An den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“, also im Schwerpunkt für Kinder, die in allen Entwicklungsbereichen einer sonderpädagogischen Unterstützung bedürfen, findet der Unterricht in der Regel in einer verpflichtenden Ganztagsform statt (99 Prozent).¹² Damit kommt das Land Rheinland-Pfalz den Anforderungen der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1998 nach.¹³ Den verpflichtenden Ganztagsunterricht nehmen rund 4 100 förderbedürftige Kinder und Jugendliche, die Mehrzahl davon im Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“, in Rheinland-Pfalz wahr.

¹² Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Bildungsserver. Sonderpädagogische Förderung. Mainz, 2016.

¹³ Kultusministerkonferenz (KMK): Empfehlungen zum Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Beschluss vom 26.06.1998. Berlin, 1998.

Ganztagschule in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule.

Die **Ganztagschule in Angebotsform** bietet ein Ganztagsangebot von 8.00 bis 16.00 Uhr an mindestens vier Tagen pro Woche. Die Teilnahme ist frei wählbar, aber nach erfolgter Anmeldung bindend.

Bei **Ganztagschulen in verpflichtender Form** erstreckt sich der Unterricht auf die Vormittage und in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

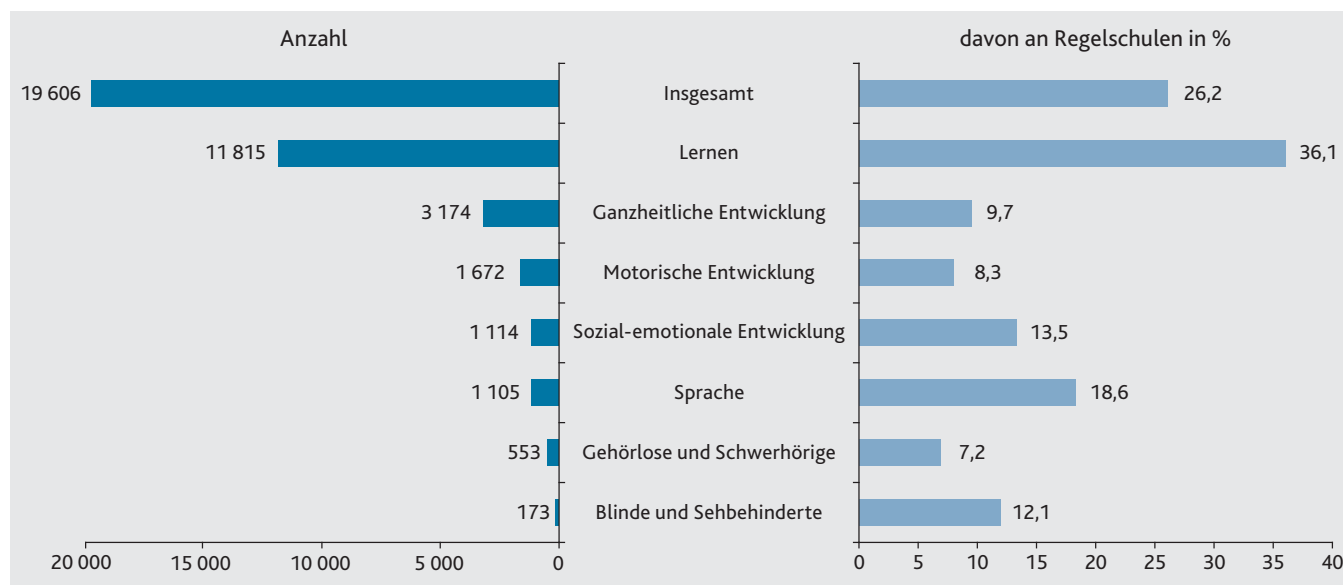
Die **Ganztagschule in offener Form** legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an, die vom Schulträger bereitgestellt wird.

Betreuende Grundschulen

Darüber hinaus existieren an vielen Grundschulen vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst. Die Darstellung in Tabellen und Grafiken erfolgt nachrichtlich.

G 6

Schülerinnen und Schüler sowie Regelschulanteil im Schuljahr 2015/16 nach Förderschwerpunkten



Inklusion: Mehr Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen

Förderbedarf
im Bereich
„Lernen“ am
häufigsten

Insgesamt liegt für 19 600 Schülerinnen und Schüler ein Förderbedarf vor, rund 11 800 davon im Bereich „Lernen“ (60 Prozent). Mit 3 200 Fällen wird am zweithäufigsten ein Gutachten für den bereits kurz skizzierten Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“ ausgestellt (16 Prozent). Die Förderbereiche „Motorische Entwicklung“ (neun Prozent), „sozial-emotionale Entwicklung“¹⁴ (sechs Prozent), „Sprache“ (sechs Prozent) – hierbei geht es nicht um Fremd- oder Zweitsprachen, sondern in der Regel um körperliche und medizinische Förderungen, beispielsweise bei Stottern, Problemen der Aussprache etc. –, Gehörlosigkeit und Schwerhörigkeit (drei Pro-

zent) sowie „Blinde und Sehbehinderungen“ (ein Prozent) machen einen vergleichsweise kleinen Teil der Förderschwerpunkte aus.

Die Förderung der Inklusion ist ein zunehmend bedeutsames Bundes- und Landesthema der Bildungspolitik. Bereits 2004 wurde die Basis geschaffen, Integration und Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung an allgemeinbildenden Schulen zu ermöglichen. Im Januar 2013 wurde dies durch ein Landeskonzzept zur Weiterentwicklung der Inklusion vorangetrieben¹⁵ und kommt damit der Forderung der Kultusministerkonferenz zur fortlaufenden Entwicklung inklusiver Bildungsangebote für Kinder mit und ohne Behinderung nach.¹⁶ Die Eltern haben ein „vorbehaltloses Wahlrecht“ dahingehend, ob ihre Kinder am inklusiven Unterricht an einer Schwerpunktschule teilnehmen oder an einer auf die Behinderung ausgerichteten Förderschule unterrichtet werden.¹⁷

Inklusion als
wichtiges
Thema der
Bildungspolitik

Schwerpunktschulen sind Regelschulen, die die Möglichkeit eines inklusiven Unterrichts

14 Beispielsweise bei Auffälligkeiten in der Konzentrationsfähigkeit, Aggressionen, Depressionen, Hyperaktivität.

15 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich. Mainz, 2013.

16 Kultusministerkonferenz: Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schulen. Berlin, 2011.

17 Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Landeskonzzept schulische Inklusion. Bildungsserver: Inklusive Bildung in Rheinland-Pfalz. Speyer, 2016.

anbieten und an denen Jugendliche mit Förderbedarf einen qualifizierten Sekundarabschluss I oder einen Förderschulabschluss erwerben können. Ziel des Bildungsministeriums ist es, an Schwerpunktschulen einen Anteil von zehn Prozent an Schülerinnen und Schülern mit Förderschwerpunkt an der Gesamtschülerzahl der jeweiligen Schulen zu erreichen. Gleichwohl haben die Eltern auch die Möglichkeit, einem diagnostizierten Förderschwerpunkt zu widersprechen. In diesem Fall erhält das Kind keine Förderung und wird keinem Förderbereich zugeordnet.

26 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Förderungsbedarf an Regelschulen

In Rheinland-Pfalz wird das Angebot inklusiven Unterrichts an Regelschulen zunehmend wahrgenommen. Vor fünf Jahren waren lediglich 17 Prozent der förderbedürftigen Kinder und Jugendlichen auf einer Regelschule. Im Schuljahr 2015/16 werden bereits über 26 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit

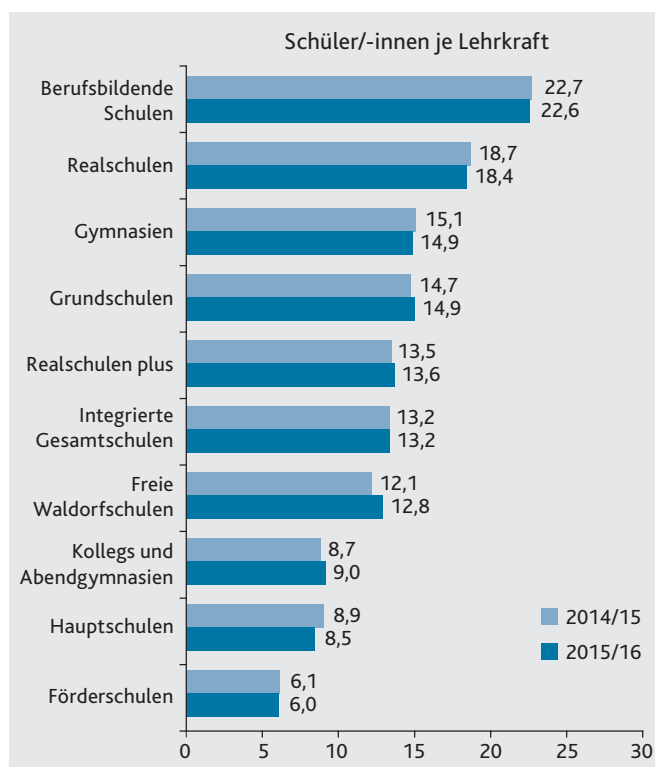
einem diagnostizierten Förderbedarf im Rahmen des inklusiven Unterrichts an Regelschulen unterrichtet. Mehr als jeder dritte Jugendliche mit einem Förderschwerpunkt „Lernen“ und rund jeder fünfte mit einem Förderschwerpunkt „Sprache“ nimmt am Unterricht der Regelschulen teil. In den anderen Förderschwerpunkten war eine Integration in die Regelschulen nur begrenzt erfolgreich. Die Anteile der Schülerinnen und Schüler der anderen Förderschwerpunkte, die das inklusive Regelschulangebot wahrnehmen, liegen teilweise deutlich unter 15 Prozent.

Trotz fortlaufender und weiterentwickelter Inklusionsmaßnahmen konnte der angestrebte Anteil von zehn Prozent an Kindern und Jugendlichen mit Förderschwerpunkt an der Gesamtschülerzahl an den meisten Schwerpunktschulen bisher nicht erreicht werden. Derzeit beträgt der Anteil der Förderbedürftigen an Schwerpunktschulen im Durchschnitt 5,6 Prozent. Zudem bestehen zwischen den Schulformen signifikante Unterschiede, insbesondere in den Schwerpunktschulen der Sekundarstufe I. Während die Förderschülerinnen und Förderschüler an Realschulen plus durchschnittlich 6,1 Prozent der Schülerschaft ausmachen, sind es bei Integrierten Gesamtschulen lediglich 3,7 Prozent.

Durchschnittlich 5,6 Prozent Förderbedürftige an Schwerpunktschulen

G 7

Schüler-Lehrer-Relation 2014 /15 und 2015/16 nach ausgewählten Schularten



Mit der zunehmenden Betreuung förderbedürftiger Kinder und Jugendlicher an den Regelschulen war es im Jahr 2013 im Rahmen des Landeskonzepts für Inklusion nötig, die Ressourcenallokation zu diskutieren. Die These war, dass, „soweit künftig mehr Schülerinnen und Schüler eine Schwerpunktschule anstatt einer Förderschule besuchen werden, wird der Personalbedarf an Förderschulen abnehmen und Ressourcen können an Schwerpunktschulen ergänzend eingesetzt

T 9

Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulformen	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr	69 140	-2,1	25 248	36,5	43 892	63,5	7 237	10,5
Berufsvorbereitungsjahr	2 934	21,5	992	33,8	1 942	66,2	974	33,2
Berufsfachschulen	20 007	-1,7	10 012	50,0	9 995	50,0	2 703	13,5
Fachoberschulen	2 170	13,3	1 060	48,8	1 110	51,2	108	5,0
Fachschulen	14 166	-0,2	8 939	63,1	5 227	36,9	1 718	12,1
Berufsoberschulen	1 981	-9,5	817	41,2	1 164	58,8	203	10,2
Duale Berufsoberschulen	1 599	-0,4	605	37,8	994	62,2	140	8,8
Berufliche Gymnasien	10 218	3,7	4 935	48,3	5 283	51,7	1 014	9,9
Insgesamt	122 215	-0,8	52 608	43,0	69 607	57,0	14 097	11,5

Betreuungsrelationen an Grundschulen und Realschulen plus leicht verschlechtert

werden¹⁸. Die Betreuungsrelation von Lehrerinnen und Lehrern zeigen jedoch eine stagnierende bzw. leicht gegenläufige Entwicklung an Förderschulen: Während sowohl im Schuljahr 2013/14 als auch im Schuljahr 2014/15 eine Lehrkraft im Schnitt noch 6,1 Schülerinnen und Schüler betreut hat, waren es im Schuljahr 2015/16 sechs Kinder und Jugendliche pro Lehrkraft. Trotz rückläufiger Schülerzahlen an Förderschulen ist die Zahl der Förderlehrerinnen und Förderlehrer, der pädagogischen Fachkräfte sowie der geleisteten Wochenstunden an Förderschulen angestiegen. Das heißt, dass die Betreuung an Förderschulen sogar – wenn auch nur geringfügig – personalintensiver als in den Jahren zuvor geworden ist. Gleichzeitig stagniert die Betreuungsrelation an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen weitestgehend. Zwar konnten die Gymnasien und berufsbildenden Schulen eine leicht verbesserte Betreuungsrelation als zum Vorjahr aufweisen, die Grundschulen und Realschulen plus zeigten jedoch gleichzeitig geringfügige Verschlechterungen der Betreuungsrelationen.

18 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich. Mainz, 2013. S. 7.

19 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Rheinland-Pfalz: Erfolgreich durch Bildung. Mainz, 2015.

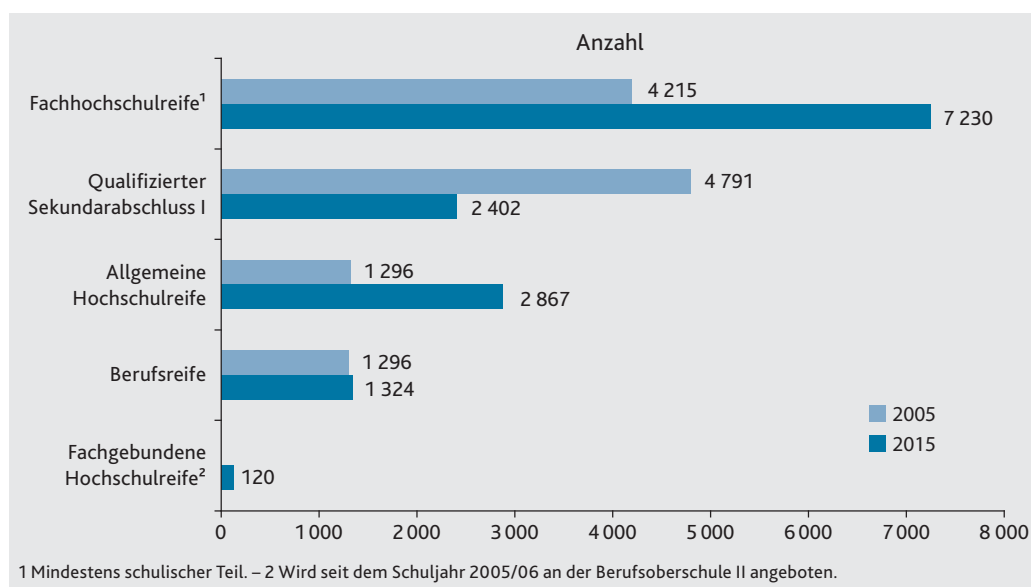
Rückläufige Zahl der Berufsschülerinnen und Berufsschüler

Die berufliche Bildung wird häufig auf die Duale Berufsausbildung reduziert. Doch in Rheinland-Pfalz ist das System der berufsbildenden Schulen stark differenziert und so gibt es weitaus mehr Formen der beruflichen Bildung als nur an den Berufsschulen und Betrieben. Zwar meldeten die Berufsschulen im Schuljahr 2015/16 die meisten Schülerinnen und Schüler (69 100), jedoch betreuen die Berufsfachschulen (20 000), die Fachschulen (14 200) und die beruflichen Gymnasien (10 200) einen inzwischen nicht unerheblichen Teil der insgesamt rund 122 200 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Berufsbildungssystem. Mit dem bildungspolitischen Postulat einer erhöhten Durchlässigkeit¹⁹ zwischen den Schulformen der beruflichen Bildung differenzieren sich die beruflichen Bildungsgänge hinsichtlich ihrer Ziele: Ein Teil der Bildungsgänge qualifiziert für die Ausübung eines Berufs, ein anderer Teil ermöglicht im Kontext einer berufsvorbereitenden, berufsbezogenen, berufs begleitenden oder berufsintegrierten Bildung

Trend zur Höherqualifizierung auch an berufsbildenden Schulen

G 8

An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 2005 und 2015



die Erlangung eines allgemeinbildenden Abschlusses, beginnend bei der Berufsreife bis hin zu der allgemeinen Hochschulreife. Insbesondere die Anzahl der Personen, die an berufsbildenden Schulen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, hat in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugelegt und belegt im Wesentlichen den Trend der Höherqualifizierung: Während 2005 rund 5 500 Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen ihre Studienreife erlangt haben, waren es mit über 10 200 beinahe doppelt so viele im Jahr 2015, die eine allgemeine Hochschulreife, eine Fachhochschulreife oder eine fachgebundene Hochschulreife erworben haben.

oberschulen, die ebenfalls zur Studienberechtigung führen, sowie durch die zunehmende Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte Studieninteressierte ohne Abitur. Die seit Jahren rückläufigen Zahlen der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen sind mit dem Rückgang der Auszubildenden im Dualen System zu erklären. In den vergangenen 30 Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in Rheinland-Pfalz von 110 700 auf 67 000 im Jahr 2015 auf einen neuen Tiefststand gesunken. Die rückläufigen Zahlen der Auszubildenden begründen sich im Wesentlichen mit der bereits erläuterten Tendenz junger Menschen, einen akademischen Bildungsabschluss anzustreben.

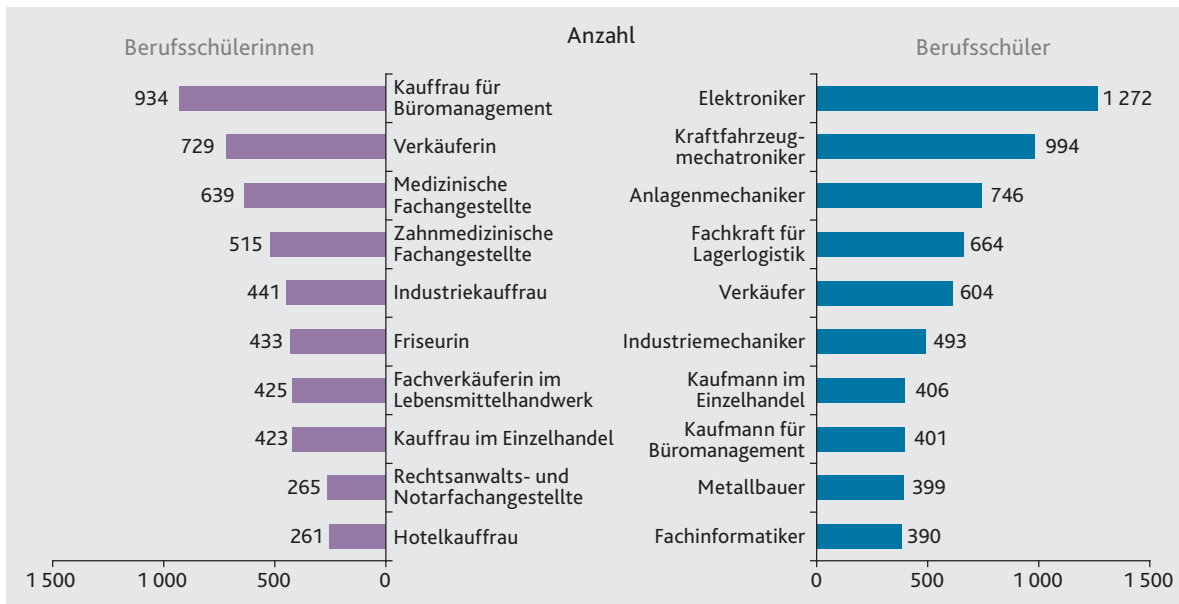
Starker Schülerrückgang an den Berufsoberschulen

Den größten prozentualen Rückgang an Schülerinnen und Schülern verzeichneten die Berufsoberschulen mit –10 Prozent sowie die Berufsschulen (ohne Berufsvorbereitungsjahr) und die Berufsfachschulen mit jeweils –2 Prozent. Die stark rückläufigen Schülerzahlen der Berufsoberschule I erklären sich anhand der konkurrierenden Angebote durch die Fach-

Einen starken Zuwachs an Schülerinnen und Schülern konnten die Fachoberschulen mit 13 Prozent und das Berufsvorbereitungsjahr mit 22 Prozent verzeichnen. Der Anstieg der Schülerzahlen im Berufsvorbereitungsjahr begründet sich unter anderem darin, dass in diesem Bildungsgang zusätzliche Klassen zur Sprachförderung für Personengruppen mit Migra-

G 9

Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschüler/-innen im ersten Ausbildungsjahr im Schuljahr 2015/16 nach Geschlecht



Zuwachs in Fachoberschulen und dem Berufsvorbereitungsjahr

tionshintergrund, insbesondere Flüchtlinge, gebildet wurden. Während die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den 137 berufsbildenden Schulen im Vorjahresvergleich identisch geblieben ist, stieg im Berufsvorbereitungsjahr die Zahl der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund um über 400 Personen (+77 Prozent).

Männer wählen Ausbildungen im technischen Bereich – Frauen im Dienstleistungsbereich

Im Schuljahr 2015/16 waren die Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement bei den weiblichen Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr (rund 900) und der Elektroniker bei den männlichen (rund 1 300) am

beliebtesten. Generell bevorzugen junge Männer eher technische Berufe, während Frauen Ausbildungen in Gesundheits- und anderen Dienstleistungsbranchen präferieren. Sieben der zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe der jungen Männer sind einem weitestgehend technischen Berufsfeld zuzuordnen. Bei den Frauen sind dagegen die zehn am häufigsten belegten beruflichen Ausbildungen in den Bereichen Handel, Gesundheit und andere Dienstleistungen anzusiedeln.

Kauffrau für Büromanagement und Elektriker sind die beliebtesten Ausbildungsberufe

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat „Bildung“.